

willen gerechtfertigt, der im Streit verschiedener politischer Grundrichtungen gebildet wird. Durch die Revolution im Bewußtsein eines geschichtlichen Auftrages an die Macht gekommen, rechtfertigt die Partei ihre Herrschaft damit, daß sie als Vereinigung der bewußtesten und aktivsten Bürger die Gesetze der Geschichte erkannt habe und sie erfülle. Damit allein wahre sie auch die wirklichen Interessen des Volkes. Das gelte sogar für den Fall, daß die Mehrheit des Volkes seine wirklichen Interessen nicht erkannt habe und deshalb etwas anderes wolle als die Partei. Ein Mehrheitswille, der die wahren Interessen des Volkes verkenne und sich gegen die Herrschaft der kommunistischen Partei richte, sei bedeutungslos und dürfe nicht beachtet werden. Es gehe nicht um den „empirischen“ Willen, d. h. den Willen, der durch Wahlen, Abstimmungen oder Meinungsumfragen festzustellen ist, sondern „um den geschichtlich notwendigen, aus der Erkenntnis der Gesetzesmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung geborenen Willen“, schreibt Polak (a. a. O., S. 70). Natürlich stimmen die „wirklichen“ Interessen des Volkes immer mit den Interessen der kommunistischen Partei überein. Das bedeutet, daß ihre Interessen als die wirklichen Interessen des Volkes erklärt werden. Damit wird bestätigt, was wir oben feststellten: Das wird als das objektiv Richtige dargestellt, was den politischen Machthabern nützt.

Die Herrschaft der Partei bedeutet nicht, daß alle Parteigenossen in gleicher Weise an der Führung beteiligt sind; denn die allein richtigen Erkenntnisse habe nur die Parteiführung. Deswegen wird der Wille der Partei allein von der Führung bestimmt. Den Mitgliedern der Partei wird zwar der Form nach das Recht zugestanden, zu diskutieren. Die Diskussion ist aber nicht frei. Nur über Themen, die von der Parteiführung benannt werden, darf gesprochen werden. Die Diskussion muß nach Richtlinien der Parteiführung verlaufen. Ergebnis der Diskussion kann daher nur sein, daß die Weisheit der Führung bestätigt wird. „Die Partei gewährt ihren Mitgliedern weitgehende Rechte, sie fordert dabei natürlich von ihnen zugleich Treue zu ihrem Programm, zu ihren Zielen und Idealen. Sie duldet keine Verbreitung parteifeindlicher Anschauungen, dies erachtet sie als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei. Verletzt das nun nicht die Parteidemokratie, die Redefreiheit der Parteimitglieder? Keineswegs, vom Standpunkt der Kommunisten ist dies nicht der Fall“, heißt es in den „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ (S. 394).

Durch das Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus wird sichergestellt, daß der Wille der Parteiführung unter allen Umständen in der Partei durchgesetzt wird. Wie wir noch sehen werden, bedeutet dieser Grundsatz eine straffe Disziplin und die unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Organe für die unteren Organe.

Die Rechtfertigung der Herrschaft mit dem Besitz der wahren Erkenntnis und nicht mit einer Mehrheitsentscheidung läßt die Kommunisten nicht darauf verzichten, nach der Übereinstimmung mit dem Volke zu streben. Sie wissen, daß